

WIDER DIE RHETORIK DER VERUNSICHERUNG

Kommentar von Tatiana Abarzúa



Plakat vor dem Bundestag bei einer Demonstration unter dem Motto „Demokratie verteidigen: Zusammen gegen Rechts“

2023 war das wärmste Jahr seit Beginn der Messaufzeichnungen. Auch bei uns, im Globalen Norden, beobachten und spüren wir Klimaveränderungen, die passieren. Im gesamten Erdsystem können grundlegende Veränderungen ausgelöst werden: Die Klimaforschung weist darauf hin, dass wichtige globale Kipp-Punkte wahrscheinlich bei einer Erwärmung von 1,5 bis knapp unter 2 °C überschritten werden könnten (siehe Artikel in der Mitte dieser Ausgabe).

Biodiversitätskollaps und Klimakrise bleiben in den seltensten Fällen ein abstraktes Thema. Vor drei Jahren ereignete sich eine katastrophale Situation im Westen Deutschlands, als das Ahrtal von einer furchtbaren Flut zerstört wurde. Komplexe Zusammenhänge und Sorgen um Klimanotlagen können verunsichern und Gefühle von Überforderung, Machtlosigkeit oder Angst auslösen.

Manchmal kann der Impuls entstehen, sich mit vermeintlich einfachen Antworten zufrieden zu geben, was jedoch in eine Sackgasse führt und die Problematik letztlich nur verschärft.

Verunsichern und polarisieren als Strategie

Diese Verunsicherung haben rechte Gruppen schon vor vielen Jahren erkannt. Kollapsdynamiken und Krisen betrachten sie als Potential zur Mobilisierung möglicher Wählergruppen. Sie nutzen auch Verzögerungsdiskurse, bezeichnen Klimapolitik als Ideologie, zeigen eine feindselige Haltung gegenüber ökologisch orientierter Politik und verbreiten Untergangsszenarien, die wirtschaftliche Unsicherheit triggern. Solche klimapolitisch regressiven Erzählungen führen dazu, dass Klimaschutz relevante Aufgaben nicht angegangen werden. Wenn außerdem noch eine aufgeheizte Stim-

mung erzeugt wird, ist ein inhaltlicher Austausch deutlich erschwert.

Desinformation und Diskursverschiebungen

Manchmal braucht es keine Argumente, um jemanden von etwas zu überzeugen, denn kontinuierliche Verunsicherung reicht aus. Gesellschaftlich betrachtet ist das riskant, wenn Menschen mit partiell fehlendem Wissen durch Desinformation manipuliert und emotional erregt werden. Ein erfolgreich genutztes Mittel zur Desinformation ist politisches Microtargeting. Solche algorithmisch gesteuerte Online-Werbung in Social-Media-Kanälen, die auf ganz bestimmte Personengruppen abzielt, soll den Ausgang von Wahlen deutlich beeinflusst haben. 2016 berichteten mehrere englischsprachige Medien, dass das beim Brexit-Referendum – rund 52 % der wahlberechtigten Bürger in Großbritannien stimmten am 23. Juni 2016 für „leave“ – und bei Trumps Wahlsieg – mit einem Vorsprung von 107.000 Stimmen in den „swing states“ Michigan, Pennsylvania und Wisconsin – der Fall gewesen sein soll. Der konkrete Einfluss ist schwer zu erfassen.

Die Erzählung von Freiheit einschränkenden Klimaschutzmaßnahmen

Die Partei AfD schreibt Sätze in ihr Grundsatzzprogramm, die selbstbewusst klingen können, etwa: „Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert“, oder „IPCC und deutsche Regierung unterschlagen die positive Wirkung des CO₂ auf das Pflanzenwachstum und damit auf die Welternährung“. Manche der simplen Aussagen und die Rhetorik einer drohenden massiven Freiheitseinschränkung durch Klimaschutzmaßnahmen scheinen zu verfangen. Wahlergebnisse sprechen dafür, etwa in Pirna (Sachsen), die Wahl von Tim Lochner (parteilos) als ersten durch die AfD unterstützten Oberbürgermeister und Ende Januar der, mit 52,4 %, sehr knappen Erfolg von Christian Herrgott (CDU) in der Stichwahl zur Landratswahl im Saale-Orla-Kreis (Thüringen). Im ersten Wahlgang hatte Uwe Thrum (AfD) noch mit 45,7 % die meisten Stimmen geholt, jedoch keine absolute Mehrheit.

Aktuelle Entwicklungen

Nachdem Anfang Januar Correctiv berichtete, dass AfD-Politiker im November 2023 an einem Treffen mit Rechtsextre-

men teilgenommen haben, protestierten am 21. Januar rund 100.000 Menschen vor dem Bundestag unter dem Motto „Demokratie verteidigen: Zusammen gegen Rechts“. Kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe entschied das Oberverwaltungsgericht in Münster, dass der Verfassungsschutz die AfD weiterhin als „rechtsextremistischen Verdachtsfall“ einstufen darf. Eine Partei, die als Verdachtsfall geführt wird, darf weiter an Wahlen teilnehmen und in Parlamenten vertreten sein.

Bemerkenswert ist die Aussage des AfD-Abgeordneten Jan Wenzel Schmidt während einer Veranstaltung in einem AfD-Büro in Sachsen-Anhalt im März, die der Bayerische Rundfunk mit den Worten zitierte: „Ich kann auch garantieren, dass die etablierten Parteien zu Recht Angst vor uns haben. Die haben zu Recht den Verfassungsschutz auf uns angesetzt. Wir werden maßgebliche Dinge verändern, wenn wir regieren.“ Das kann als Beleg betrachtet werden dafür, dass die äußerste politische Rechte in Deutschland an der Unterminierung der Demokratie auf demokratischem Weg arbeitet.

In den letzten Wochen mehrten sich die Stimmen für ein Verbot dieser Partei. Vielleicht stellen demnächst Bundesrat, Bundestag oder Bundesregierung einen Verbotsantrag. Dennoch, auch wenn ein AfD-Verbot erfolgreich sein sollte, würde es weiterhin rechte Strukturen in der Gesellschaft und Tendenzen zu rechtsautoritärer Politik geben.

Handlungsdruck für eine sozialökologische Wende

Gleichzeitig leben wir auch in einer Zeit progressiver Entwicklungen. Gesellschaftliche Gruppen schaffen es, nach und nach Strukturen im Sinne einer sozial-ökologischen Wende zu verändern. Ein Beispiel dafür ist, dass Balkonsolarkraftwerke jetzt einfacher umsetzbar sind – siehe Artikel zum Solarpaket (Seite 22). Dieses Jahr stehen Wahlen in mehreren Bundesländern an und am 9. Juni die Wahl des Europäischen Parlaments. In den neu gewählten Parlamenten müssen wichtige klimapolitische Entscheidungen getroffen werden. Es bleibt die Hoffnung, dass Abgeordnete in die Parlamente gewählt werden, die auch Fehlentscheidungen korrigieren: Etwa die EU-Taxonomie, laut der Erdgas und Atomkraft als zum Klimaschutz beitragende Übergangstechnologien deklariert wurden.